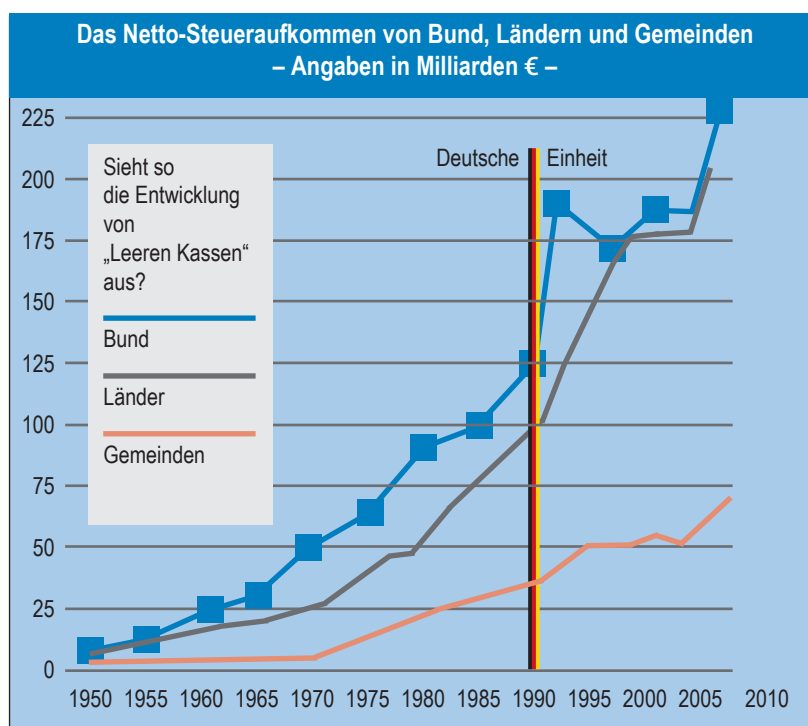


Helmut H. G. Meister

Einführung in die Finanzwirtschaft



viademica.verlag berlin

v.vb



Ihr Partner für wissenschaftliche Fachliteratur

ISBN 978-3-937494-61-6

Berlin 2008

Edition
Wirtschaftswissenschaften

Band 24

Helmut H. G. Meister

Einführung in die Finanzwirtschaft

v.vb

viademica.verlag berlin
 Ihr Partner für wissenschaftliche Fachliteratur

ISBN 978-3-937494-61-6

Berlin 2008

Helmut H. G. Meister



© 2008 **viademica.verlag berlin**

Tieckstraße 8
10115 Berlin

Telefon (0 30) 23 45 70 68

Telefax (0 30) 27 90 89 72

www.viademica.de

eMail: info@viademica.de

Mobilfunk 0171 / 6 95 43 38

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

MEISTER Helmut H. G.
Einführung in die Finanzwirtschaft

Helmut H. G. Meister. Erstauflage viademica.verlag berlin 2008
Quelle der Titelgrafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund
unter www.dstgb.de

ISBN 978-3-937494-61-6

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen in fremde Sprachen und Mikroverfilmungen sowie für die Einspeicherung in elektronische Systeme oder auf mechanische Datenträger.

..... ISBN 978-3-937494-61-6

Bezug: Direkt über den Verlag oder über den Buchhandel

Verbindlicher Buchhandelsverkaufspreis: 19,00 €

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	6
A. Historische Entwicklung der Staatsausgaben seit 1950	7
1. Aufbau des „Sektors Staat“ / Teilnehmer	8
2. Messgröße der Staatsaktivität	12
3. Entwicklung der Staatseinnahmen Gesamt – Steuern und Beiträge	13
4. Erklärungsansätze wachsender Staatstätigkeit in den industrialisierten Volkswirtschaften	18
B. Begriffsbestimmungen	26
C. Hauptfunktionen des Sektors Staat in der Marktwirtschaft	26
1. Allokationsfunktion	26
2. Distributionsfunktion	26
3. Stabilisierungsfunktion	27
D. Der Haushaltsplan	27
E. Öffentliche Einnahmen	30
1. Möglichkeiten der Einnahmeerzielung des „Sektors Staat“	30
2. Steuern als öffentliche Einnahmen	32
2.1. Besteuerungsgrundsätze	32
2.2. Wirkung von Steuern	34
2.3. Grenzen der Besteuerung	35
3. Krediteinnahmen	38
3.1. Die zwei Formen der Kreditaufnahme des Staates	39
3.2. Wo liegen die Grenzen der Verschuldung?	40
3.3. Argumente für die Öffentliche Kreditaufnahme	41
3.4. Der Wirkungsmechanismus der Staatsverschuldung	42
3.5. Zur Problematik der Tilgung dieser Staatsverschuldung	46
F. Der Vertrag von Maastricht – Der EURO	50
ANHANG (Anmerkungen zu Partukularinteressen)	53
LITERATURHINWEISE	57
BILDTAFEL	58



EINLEITUNG

Kaum ein Bereich nimmt in der öffentlichen Wahrnehmung so viel Raum ein wie die Finanzwirtschaft der öffentlichen Haushalte. Und über kaum einen anderen Sachverhalt wird so kontrovers und unwissend diskutiert. Neben vielfältigen Eigeninteressen der beteiligten Personen – die nichts mit dem Gemeinwohl zu tun haben – kommen eine Unzahl verwirrender und widersprechender Meinungen über die „angebliche“ Funktionsweise und Zusammenhänge finanzwirtschaftlicher Prozesse hinzu. Die wohl bekanntesten (öffentlichen) Schlagworte, wenn es um die Beschreibung finanzwirtschaftlicher Zusammenhänge geht, sind folgende: „Die öffentlichen Kassen sind leer“, „Wir müssen sparen“, „Kürzungen der Sozialleistungen sind unvermeidlich“, „Schulden machen“ und weitere.

Tatsache ist, dass es zwischen den objektiven Zusammenhängen und der Kommunikation über solche Sachverhalte in der öffentlichen Wahrnehmung riesige Diskrepanzen gibt. Die Differenzen sind so groß, dass es kaum möglich ist, ohne Emotionen, nüchtern und sachlich darüber zu diskutieren. Vielerorts sind die Betroffenen so voll gespickt mit MEMEN (Stresshormonen), dass eine „rationale“ im Sinne von „Vernunft“ gestaltende Reflexion ökonomischer Sachverhalte nicht (mehr) möglich ist. Hinzu kommen die unübersehbaren Eigeninteressen der dort beschäftigten MitarbeiterInnen.

Vor diesem Hintergrund bietet die vorliegende Publikation eine neutrale und sachliche Einführung in dieses Fachgebiet. Ohne dabei gleichzeitig auf umfangreiche theoretische (und wenn möglich mathematische) Begründungen einzugehen, die im Alltag zumeist wenig hilfreich sind.

Neben der Stellung des „Sektors Staat“ im volkswirtschaftlichen Kreislaufmodell wird zunächst beschrieben, wie dieser Sektor eigentlich zu definieren und wie er aufgebaut ist. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt die historische Entwicklung bisheriger Staatstätigkeiten und lässt einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen zu. Anschließend werden die Ursachen wachsender Staatstätigkeiten beschrieben, die zeigen, wie heterogen und komplex dieses Gebilde ist. Die weitere Analyse befasst sich mit dem Einnahme- und Ausgabenverhalten der Institutionen, die dem Sektor Staat als Gebietskörperschaften zugerechnet werden. Darüber hinaus wird das Instrument des Haushaltsplans besprochen und auf neuere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einführung der doppelten Buchführung – der so genannten „Doppik“ – im kameralen Rechnungswesen eingegangen. Selbstverständlich wird auch die Problematik der Staatsverschuldung behandelt, und zugleich wird aufgezeigt, welche Lösungsmöglichkeiten es hierzu gibt.



A. Historische Entwicklung der Staatsausgaben seit 1950

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterteilen wir die einzelnen Wirtschaftssubjekte in mehrere Sektoren. Das einfachste ist das „Drei-Sektoren-Modell“, in dem die Beteiligten in folgender Beziehung zu einander stehen:

Sektor

Private Haushalte besitzen die Produktionsfaktoren (vollständig)

➤ Kapital ➤ Arbeit ➤ (Boden)Umwelt

Haushalte haben Bedürfnisse, die sie befriedigen wollen / werden (Erklärungsansatz: Maslow'sche Bedürfnispyramide). Entlohnung der Produktionsfaktoren analog der Auflistung:

- Zinsen (festverzinslich), Dividenden
- Lohn / Gehalt, Renten, Pensionen
- Mieten, Pacht

Sektor

Unternehmen

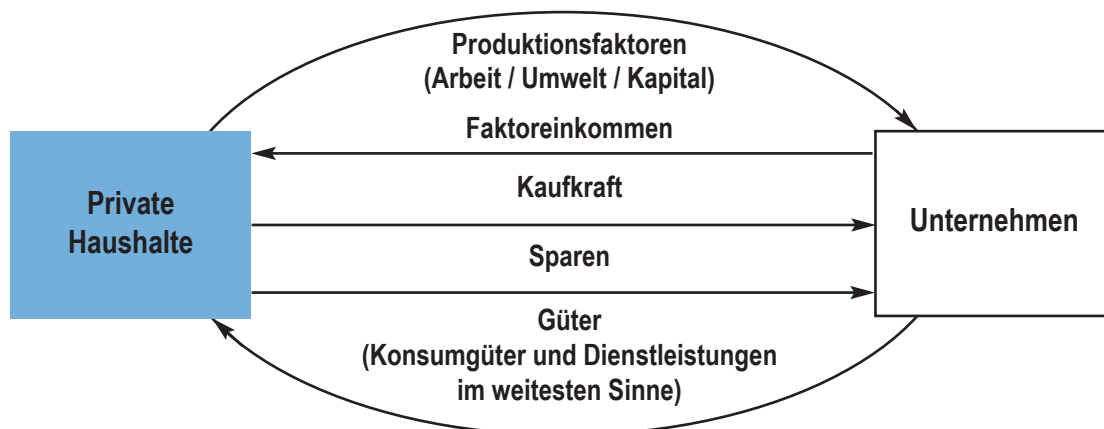
In ihnen setzen die HH-Individuen ihre / die Produktionsfaktoren (vollständig – alle drei) zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen ein.

Zirka drei Millionen Unternehmen in Deutschland; jedes Jahr kommen ca. 300.000¹ neue hinzu und ebenso viele verlassen wieder den Unternehmenssektor (bereinigt um „politisch“ motivierte Selbstgründungen).

Unternehmen verfolgen das Ziel einer „angemessenen und nachhaltigen Verzinsung des eingesetzten Kapitals“ der Anteilseigner, wobei eine kurzfristige Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund stehen sollte.

Da zwischen den Teilnehmern der privaten Haushalte und den Teilnehmern in den Unternehmen „Personenidentität“ besteht, ist eine soziologische Trennung in reine „Arbeitnehmer-HH“ und „Arbeitgeber-HH“ nicht mehr gerechtfertigt. Zu viele so genannte Arbeitnehmer-HH beziehen nicht mehr „nur“ „Lohn und Gehalt“, sondern sind zugleich – auch indirekt – Einkommensbezieher aus anderen Einkommensquellen².

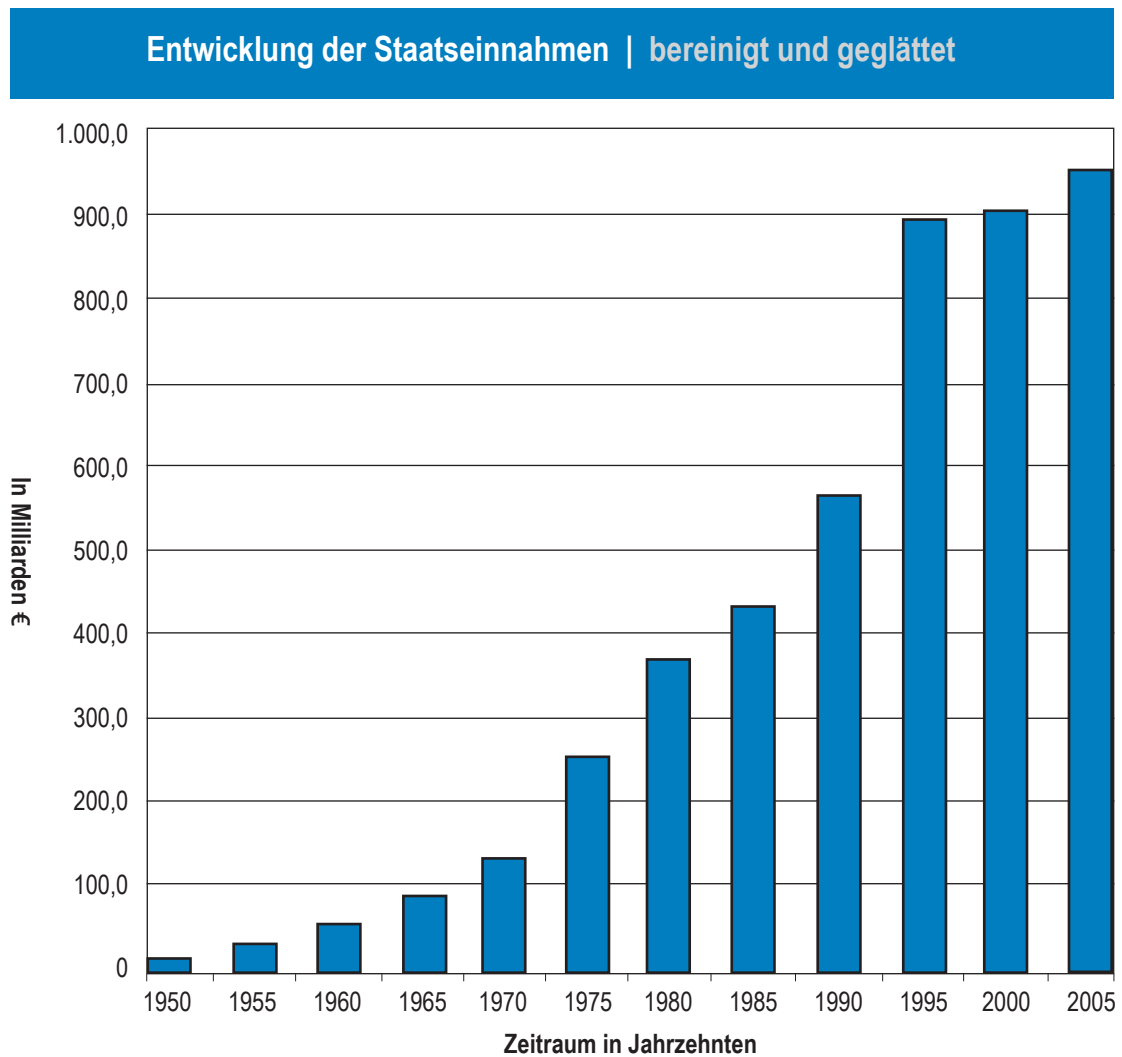
Ihr Zusammenwirken verdeutlicht die nachfolgende Grafik:



1 Anzahl der Unternehmen einschl. Um- und Abmeldungen, Schließung und Verkauf. Die Anzahl der Unternehmen, die durch Insolvenzen den Markt verlassen, lag im Jahr 2005 bei ca. 36.800, das entspricht einem Anteil von 1,2 Prozent. Quelle: *Statistisches Jahrbuch 2006*. Kap. XIX. Unternehmen, S. 481

2 Lt. *Datenreport 2006* verfügen lediglich 28 Prozent aller Haushalte nur über eine einzige Einkommensquelle.

Wird der Maßstab vereinheitlicht ergibt sich nachstehendes Bild:



Demnach sinkt das absolute Aufkommen keinesfalls; aus dieser Sichtweise gesehen steigt es weiterhin an – und das ist Realität wie auch die nachfolgende Grafik mit Trendbetrachtung zu machen.

Wie bei vielen Interpretationsmöglichkeiten volkswirtschaftlicher Realitäten im Alltag *ist entscheidend*, welche *Absichten* der Absender einer (volkswirtschaftlichen) Nachricht hat.

Wie sich die „Staatseinnahmen“ entwickelt haben (Steuern und Beiträge), dokumentiert die nachfolgende Tabelle:

3. *Entwicklung der Staatseinnahmen Gesamt – Steuern und Beiträge –*

Jahr	In Mrd.	Wachstums- Raten p.a.	Zunahme um das x-fach
1950	15,4		
1955	27,4		
1960	49,9		
1965	85,2		
1970	132,2	11,5 %	7,7-fache
1975	254,8		
1980	361,3	11,1 %	1,7-fache
1985	438,0		
1990	559,5	4,5 %	0,6-fache
1995	875,9 ⁵		
1995	889,5 ⁶		
2000	979,3		
2002	928,7		
2003	928,7		
2004	925,6		
2005	945,0	3,6 %	0,7-fache

5 Quellennachweis: bis 1995 „Studienwerk der Bankakademie“. Bankakademieverlag Frankfurt a. M.

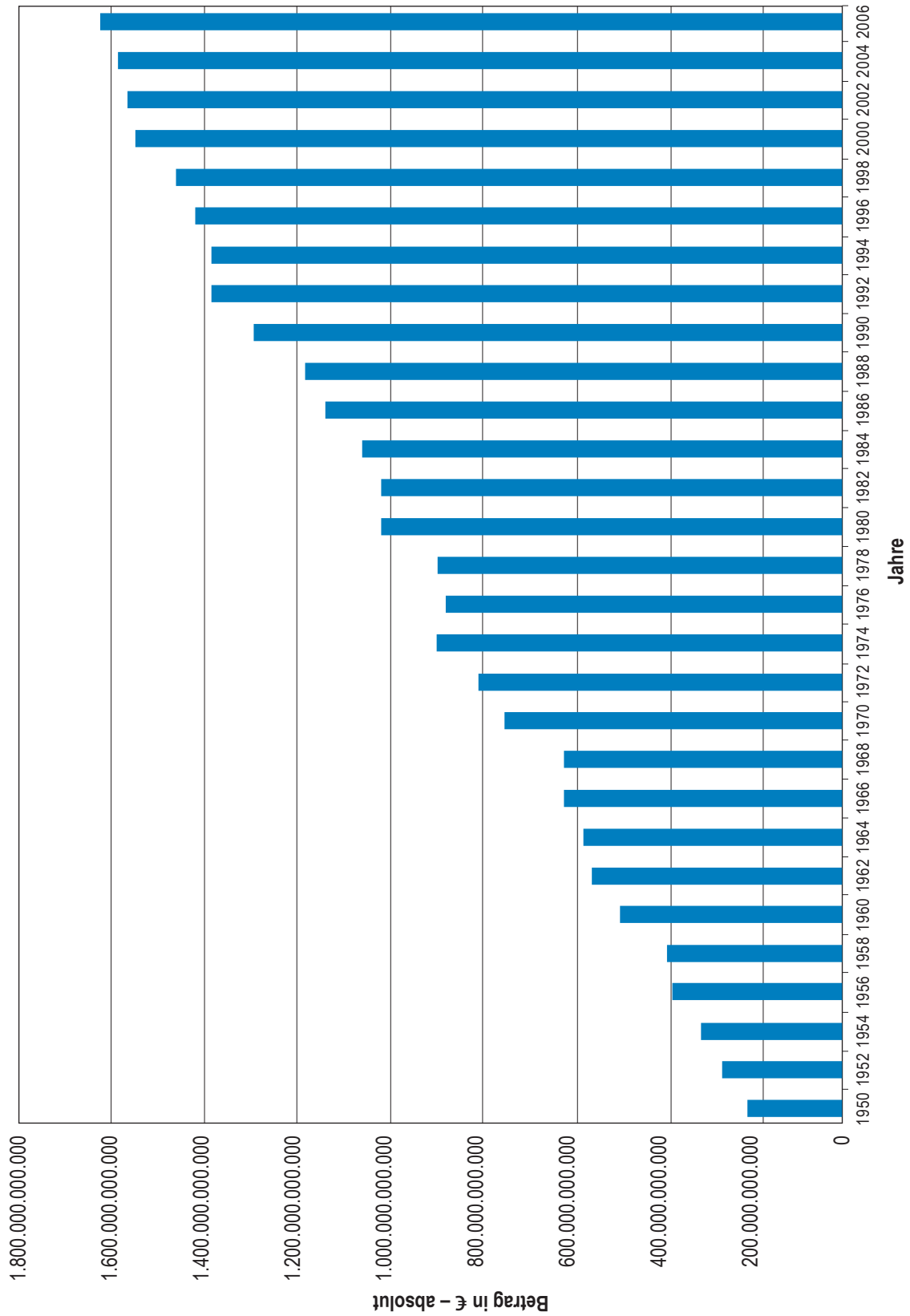
6 Ab 1995: „Statistisches Jahrbuch 2006“, Staatseinnahmen. Die Übergangszahlen in 1995 differieren geringfügig; ihre Tendenz ist jedoch gleichbleibend. Da die Ursprungsdatei nicht bekannt ist, ist dies zu akzeptieren.



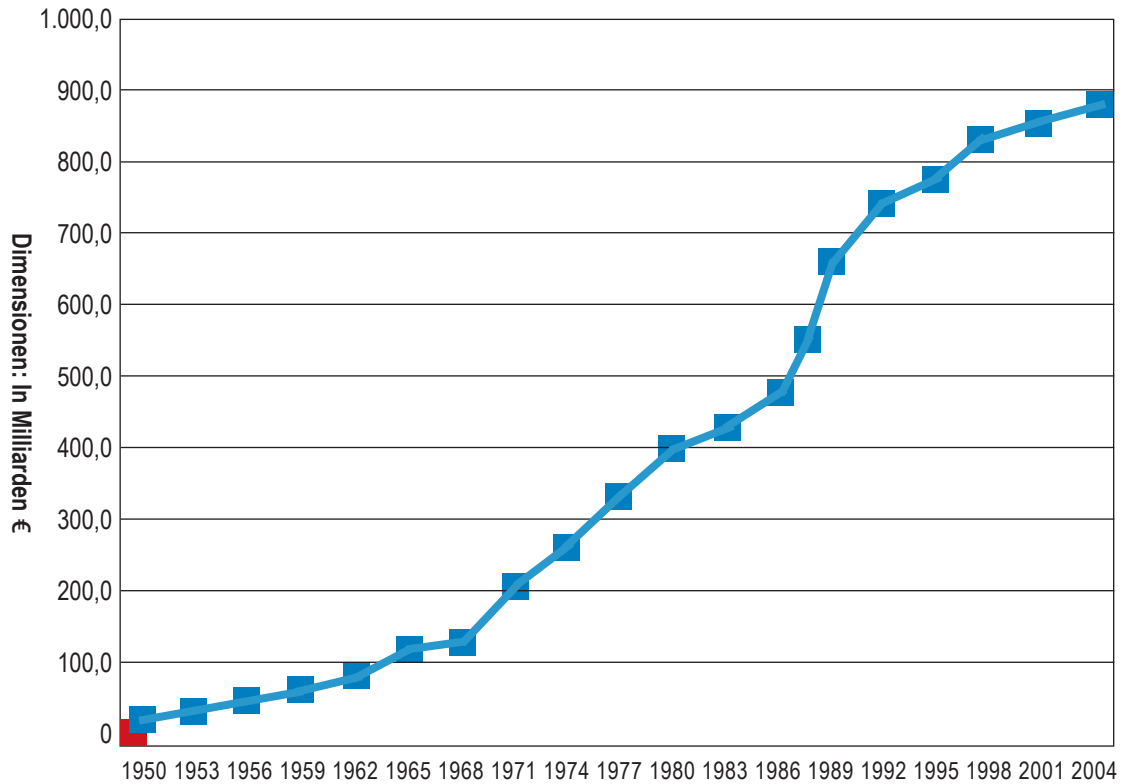
Zunächst die Beschreibung (Wirtschaftskunde) der Zahlenentwicklung; anschließend der Versuch, diese Zahlen zu „interpretieren“.

- **Von 1950 bis 1970** Innerhalb von 20 Jahren ist ein Anstieg der Staatsausgaben um rd. 11,5 Prozent pro Jahr zu verzeichnen; das bedeutet einen Gesamtzuwachs um mehr als das 7,7-fache.
- **Von 1970 bis 1980** In den nächsten 10 Jahren steigen die Staatsausgaben jährlich „nur“ noch um rd. 11,1 Prozent p. a. Dieser Zuwachs entspricht etwa fast einer weiteren Verdoppelung, und zwar auf das 1,7-fache der Staatsausgaben.
- **Von 1980 bis 1990** In diesem Zeitraum wachsen die Staatsausgaben „nur“ noch um 4,5 Prozent, eine Zunahme von ca. 60 Prozent.
- **Von 1990 bis 2005** Auch in diesem Zeitraum nehmen die Staatsausgaben zu; um 3,6 Prozent – eine Steigerung von rd. 70 Prozent.

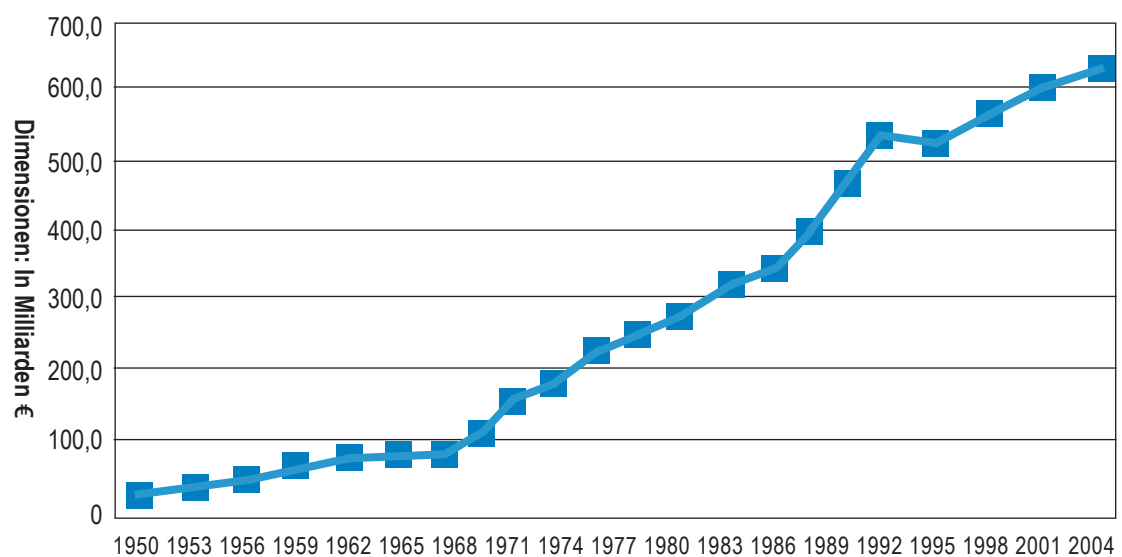
Entwicklung des realen Bruttosozialproduktes von 1950 bis 2006 in Preisen von 1991



Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter von 1950 bis 2006 – D-West bis 1991 | D-Gesamt ab 1991 –

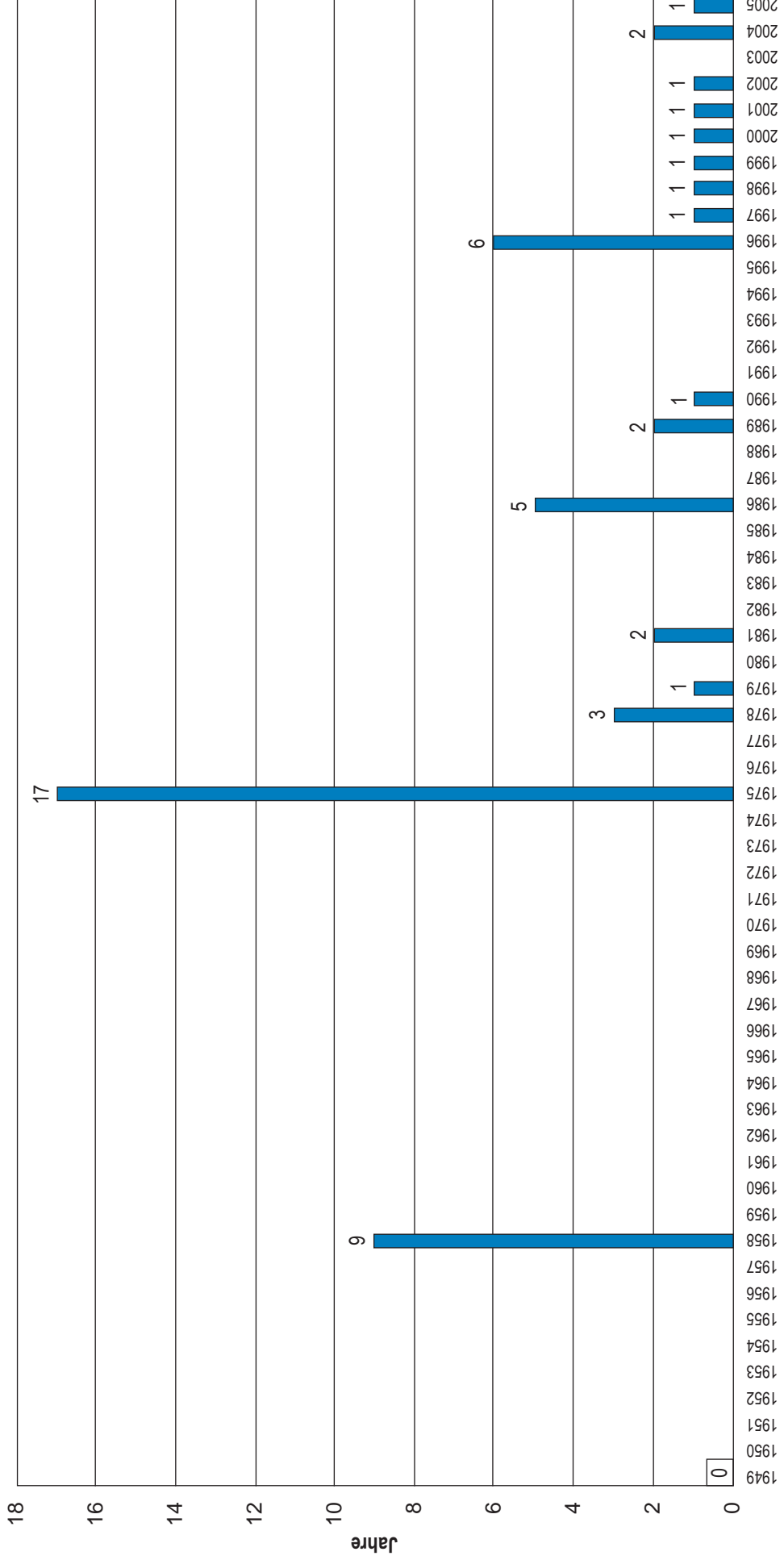


Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter von 1950 bis 2006 – D-West bis 1991 | D-Gesamt ab 1991 –



Quelle: www.abgabenrechner.de | Internetseite des Bundesfinanzministeriums. Stand: Dezember 2006

Entwicklung der Zeitabstände von Steuerreformen – 1950 bis 2005 –





B. *Begriffsbestimmungen*

■ *Öffentliche Finanzwirtschaft*

- bezeichnet das Einnahme- und Ausgabeverhalten des „Sektors Staat“.

■ *Finanzpolitik*

- umfasst den zweckgebundenen Einsatz finanzieller Mittel und deren Erhebung.

■ *Finanzwissenschaft*

- ist die Lehre von öffentlicher Finanzwirtschaft und Finanzpolitik.



C. *Hauptfunktionen eines Staates in der Marktwirtschaft*

■ *Allokationsfunktion*

Bestimmte Güter und Leistungen werden in einem marktwirtschaftlichen System nicht angeboten bzw. nicht nachgefragt (so genannte „Kollektive Güter“ im Gegensatz zu den „Individuellen Gütern“ bzw. „Wirtschaftlichen Gütern“).

- Infrastrukturinvestitionen
- Innere und äußere Sicherheit
- Rechtsprechung
- Rentenversorgung
- Bildungswesen

▶ Diese Aufgabenverteilung ist nicht fest, sondern veränderbar (Privatisierung).

▶ Das Äquivalenzprinzip (Leistung nur für Gegenleistung) gilt bei kollektiven Gütern nicht.

▶ Aus diesem Grund werden diese Güter vom „Sektor Staat“ bereitgestellt.

■ *Distributionsfunktion*

Primär erfolgt die Verteilung des Sozialproduktes nach dem Äquivalenzprinzip. Das führt zu sozialen Härten und Ungerechtigkeiten. Die distributiven Aufgaben werden auf vier Ebenen gelöst.

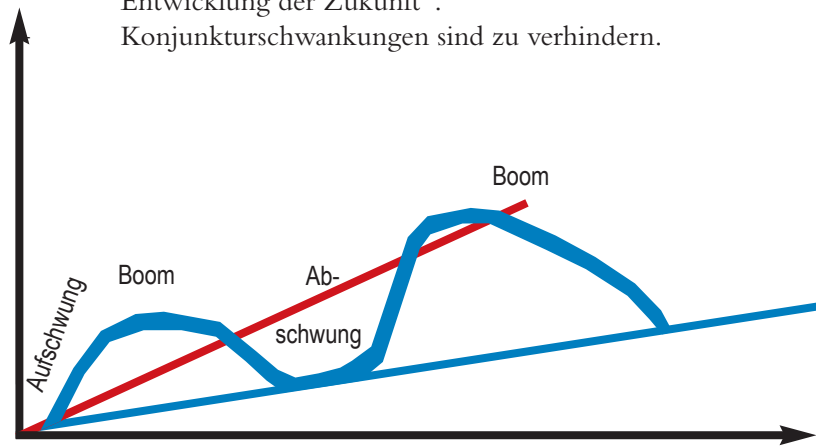
- a. soziale Fürsorge (Sozialhilfegesetz, Wohnungsgeld)
- b. soziale Vorsorge (Rentenversicherung)
- c. Umverteilung (Einkommensteuergesetz – Steuerprogression)
- d. Chancengleichheit (Bafög)

Wirkung: Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Opfergerechtigkeit

3.) *Stabilisierungsfunktion*

■ *StW-Gesetz: Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967*

- Gewünscht wird eine „planbare, stetige und kontinuierliche Entwicklung der Zukunft“.
Konjunkturschwankungen sind zu verhindern.



Hintergrund:

Hintergrund für diese Politik ist die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre (Oktober 1929).

Besitzt der „Sektor Staat“ eine herausragende Marktmacht (Staatsquote ca. 50 Prozent), dann ist dieser Sektor auch für eine planbare, stetige und kontinuierliche Entwicklung verantwortlich – wird „geglaubt“ bzw. „unterstellt“.



D. *Der Haushaltsplan*

Der Haushaltsplan ist Ausdruck der finanzpolitischen Willensbildung (Budget, Haushaltsplan). Er beschreibt die finanzwirtschaftlichen und finanzpolitischen Aktivitäten einer Gebietskörperschaft. Der Haushaltsplan

- muss für einen bestimmten Zeitraum gelten;
- muss vor dem Haushaltsjahr vom Parlament beschlossen / verabschiedet werden;
- hat Gesetzeswirkung (eine verbindliche Anweisung an die Exekutive).

■ *Budgetkreislauf*

1. Stufe:
- Planungsphase
 - Erstellung des Haushaltsentwurfs
 - Beratung
 - Genehmigung



E. Öffentliche Einnahmen

Um öffentliche Leistungen bereitstellen zu können, beansprucht der „Sektor Staat“ volkswirtschaftliche Ressourcen, über deren Nutzung / Verwendung er zum privaten Sektor und zum Unternehmenssektor in Konkurrenz tritt.

Dieser Sachverhalt ist unstrittig.

- Strittig ist lediglich
- Auf welche Art und Weise sollen diese Mittel dem privaten und Unternehmenssektor entzogen werden?
 - Wie hoch darf die Steuer- und Abgabenbelastung sein, ohne dass dies zu Wachstumsstillstand führt?

1. Möglichkeiten der Einnahmeerzielung des „Sektors Staat“

Je nach Rechtsnatur, in der der Staat auftritt, unterscheiden wir folgende Einnahmearten

a. Zwangsabgaben – gesetzlicher Zwang

- Steuern 48 Prozent
- Sozialbeiträge 38 Prozent
- Gebühren
- Beiträge

b. Erwerbseinnahmen – Vertragspartner

- Zinsen, Dividenden 7 Prozent
- Mieten und Pachten

c. Krediteinnahmen – Vertragspartner

- Bankdarlehen
- Emissionen 7 Prozent
- Auslandsdarlehen

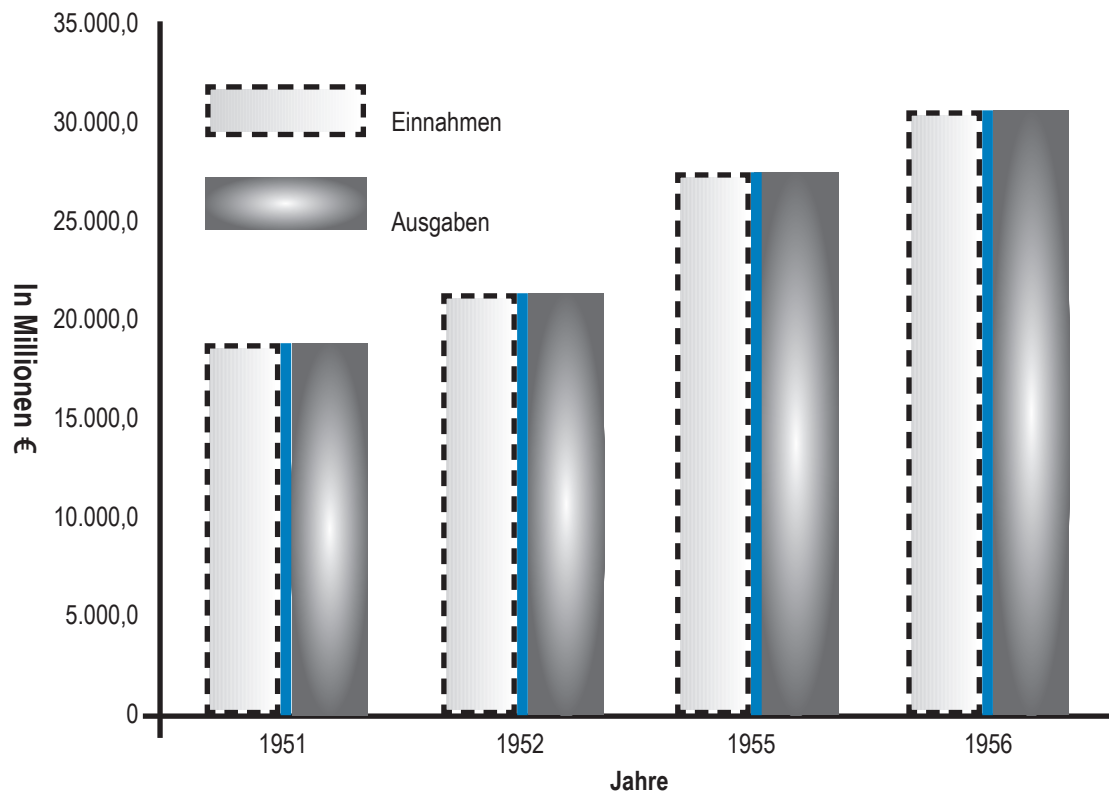
Zur Einnahmeerzielung aus Steuern besteht keine Alternative. Oder?

Erste Alternative: Kreditfinanzierung über die Notenpresse

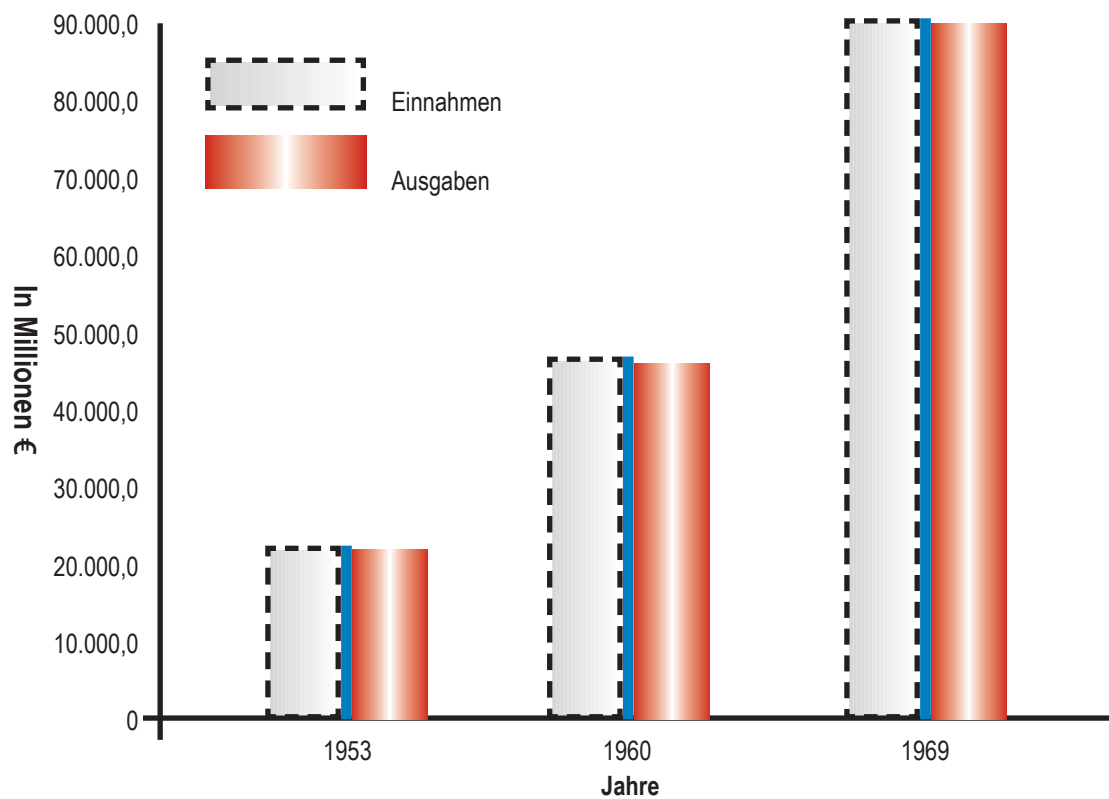
Zweite Alternative: Kreditfinanzierung am Geld- und Kapitalmarkt

8 Zum Thema „Bepackungsverbot“ führte eine Schulungsteilnehmerin im Jahre 2003 in Kenntnis selbst gesammelter Erfahrungen aus, dass in Angebote prinzipiell „keine Investitionen eingearbeitet werden dürfen“. Sie nannte namentlich eine Gemeinde im Bundesland Brandenburg, die sich auf unredliche Weise mit einem neuen Dienstwagen „bepackte“ und setzte süffisant in Klammern, die [Bürgermeisterin sei noch immer im Amt!].

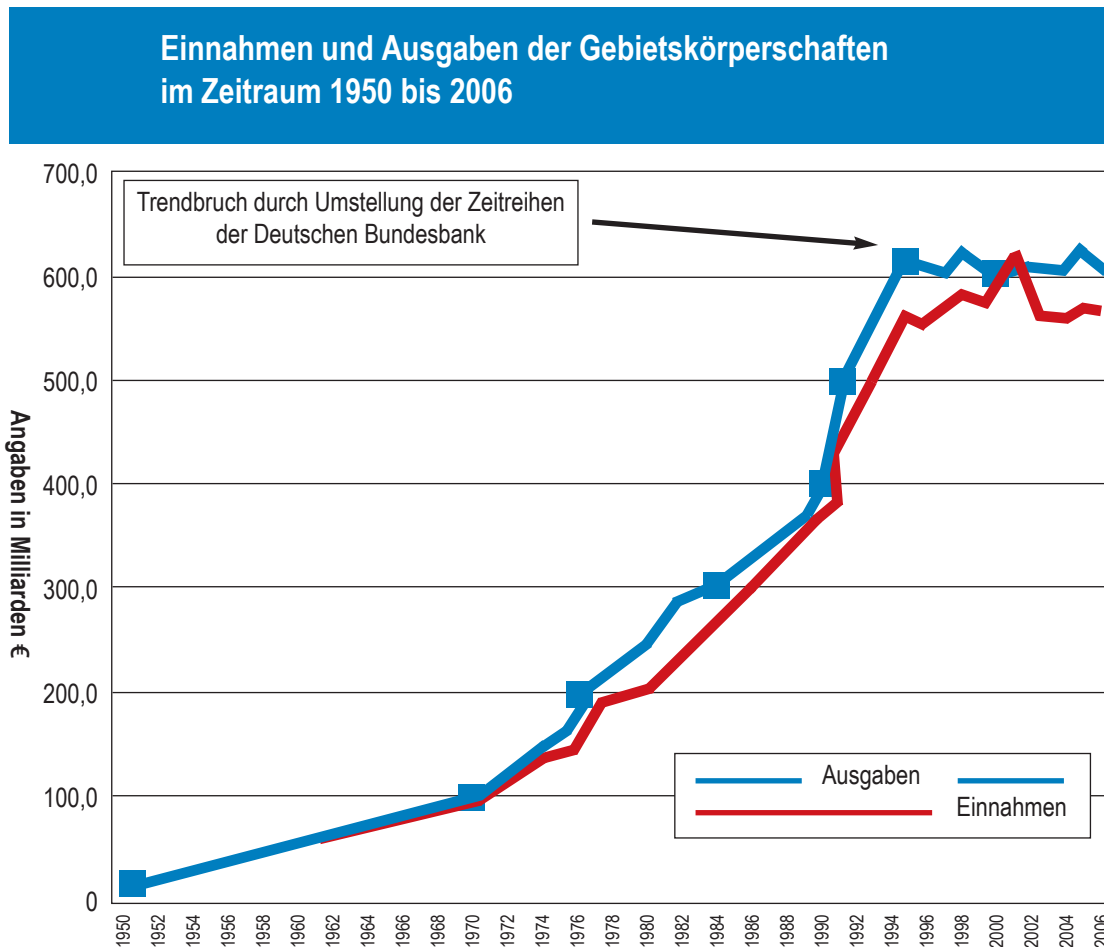
Ausgeglichene Bundeshaushalte in der Bundesrepublik Deutschland



Einnahmen > Ausgaben in den Bundeshaushalten



Die tatsächliche finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht die Grafik „Einnahmen und Ausgaben“.



Auch in der Darstellung der „Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften“ ist wieder deutlich zu erkennen, dass in den ersten 25 Jahren der Republik die öffentlichen Haushalte weitestgehend ausgeglichen sind (von 1949 bis 1974). Dann – ab 1974 – steigen die Einnahmen zwar weiterhin an, die Ausgaben liegen aber immer darüber. Warum?

Nun, den offiziellen – mainstreamen – Erklärungsansatz sehen Sie, wenn Sie die Grafik zur „Entwicklung der Arbeitslosigkeit“ analysieren (S. 21). Im Jahr 1974 beginnt nämlich die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Jetzt fordern Politiker aller Couleure wirkungsvolle Maßnahmen – und deren verbeamteten MitarbeiterInnen müssen Konjunkturprogramme auflegen. Das Weitere ist bekannt.

Wie der Grafik zu entnehmen ist, steigen die Einnahmen permanent weiter an, während die Ausgaben immer darüber bleiben. Dahinter steht ein bestimmter Mechanismus, den es zu finden gilt und der nach Erklärung verlangt.

Dass es die Arbeitslosigkeit nicht ist (wie immer behauptet wird), lässt sich beim Vergleich beider Grafiken mit der Entwicklung des Sozialproduktes erkennen. Danach müsste ja die Arbeitslosigkeit durch die so genannten „Konjunkturprogramme“ zurückgehen. Sie steigt aber weiterhin an, während im gleichen Zeitraum das Sozialprodukt – insgesamt und je Einwohner der Bevölkerung – unaufhörlich wächst.

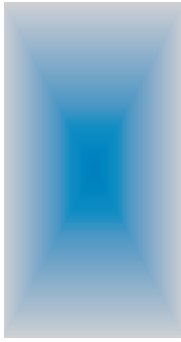
3.5. Zur Problematik der Tilgung dieser Staatsverschuldung

Um die aktuelle Höhe der Verschuldung aller Bundes-, Landes- und kommunalen Haushalte zu erfahren vgl. Sie bitte die jeweiligen Publikation „Monatsbericht der Deutschen Bundesbank“ (Abschnitt Öffentliche Finanzen).




Es wird sehr deutlich, dass der Verlauf dieses Wachstums „exponentiell“ ist und somit (wenn überhaupt) kaum noch regulierbar wird. Die nächste Tabelle zeigt die Geschwindigkeit des Wachstumstrends:

1950 bis 1995	Grenze zur 1. Billion €	innerhalb von	45	Jahren
1996 bis 2009	Grenze zur 2. Billion €	innerhalb von	13	Jahren
2010 bis 2015	Grenze zur 3. Billion €	innerhalb von	5	Jahren
2016 bis 2019	Grenze zur 4. Billion €	innerhalb von	3	Jahren
2020 bis 2022	Grenze zur 5. Billion €	innerhalb von	2	Jahren
2023 bis 2025	Grenze zur 6. Billion €	innerhalb von	1½	Jahren
2026 bis 2027	Grenze zur 7. Billion €	innerhalb von	1	Jahr



Nimmt man die zweite Variante an, die in der allgemein herrschenden Tagesdiskussion die wohl realistischere wäre, ergibt sich ein äußerst fatales Ergebnis. Kaum ein Bürokrat / Mitarbeiter in diesen Organisationen ist nämlich bereit, „freiwillig“ auf absolute Anteile seines Haushaltes zu verzichten, um damit für ALLE einen Beitrag zu leisten. Der Rückzahlungszeitraum summiert sich auf ca. 160 Jahre. Und noch eine Konsequenz steckt in diesem Prozess:

Von 2003 bis 2005 – in nur zwei Jahren – stieg die Staatsverschuldung exponentiell so an, dass sich der Rückzahlungszeitraum von 140 Jahren im Jahr 2003 auf 160 Jahre im Jahr 2005 verlängerte:

Zwei Jahre neue Verschuldung  verlängern den Rückzahlungszeitraum um 20 Jahre!

Das ZITAT

„Für einen Minister ist es sehr verführerisch, ein derartiges Mittel [die Staatsschuld] zu benutzen, das ihn in den Stand setzt, während seiner Verwaltung den großen Mann zu spielen, ohne das Volk mit Steuern zu überladen, oder eine sofortige Unzufriedenheit gegen sich zu erregen. Die Praxis des Schuldenmachens wird daher fast unfehlbar von jeder Regierung missbraucht werden. Es würde kaum geringere Klugheit offenbaren, einem verschwenderischen Sohne bei jedem Bankgeschäft in London Credit zu geben, als einen Staatsmann zu ermächtigen, in einer derartigen Weise Wechsel auf die Nachkommen zu geben.“

Aus: „Nationalökonomische Abhandlungen“.

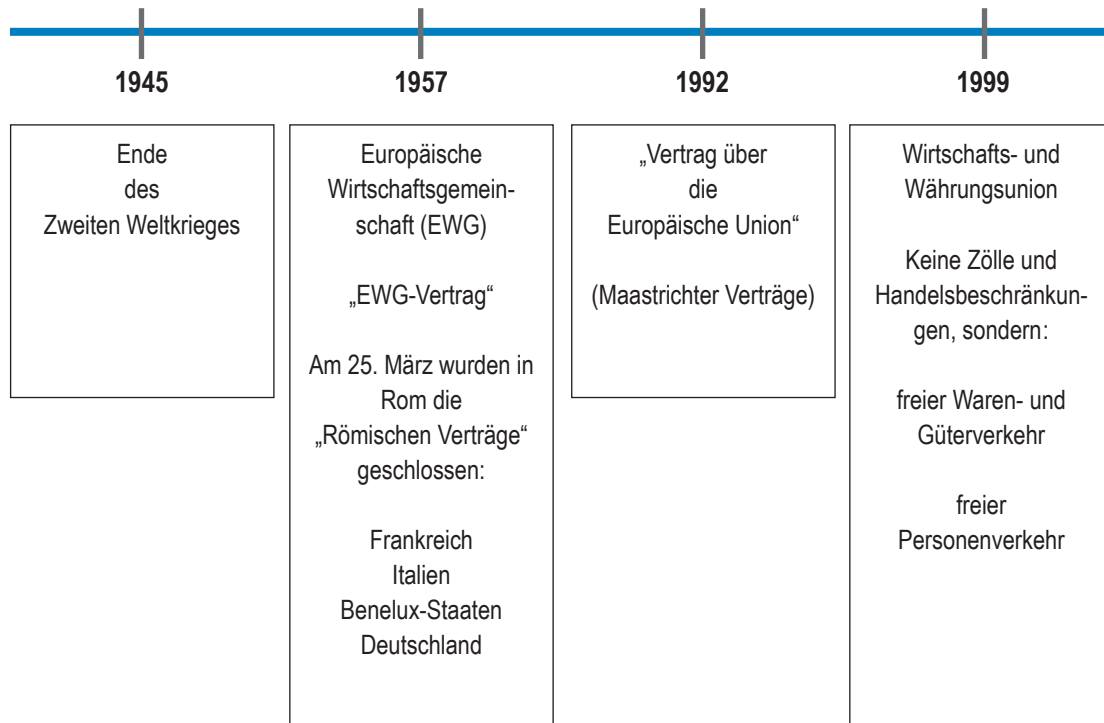
David Hume (1711–1776). Philosoph der englischen Aufklärung, Historiker und Diplomat schottischer Abstammung. Autor u.a. auch der „Moralisch-politischen Essays“, der „Untersuchung über den menschlichen Verstand“ und der „Geschichte von Großbritannien“.

In dieser währungspolitischen Konstellation stellt sich die Frage einer Währungsreform, wie man sie unter anderen Voraussetzungen schon 1948 durchgeführt hat. Damals wurden die Staatsschulden per Gesetz gestrichen. Welche Konsequenzen diese Maßnahme für den sozialen Frieden in Deutschland / Europa hätte, übersteigt den Rahmen unserer heutigen Vorstellung.



F. *Der Vertrag von Maastricht – Der EURO*

Die europäischen Staats- und Regierungschefs einigten sich am 7. Februar 1992 im „Vertrag über die Europäische Union“ eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen (Maastrichter Verträge).



Um die einzelnen Volkswirtschaften anzunähern, wurden einige Konvergenzkriterien festgelegt.



Warum wurden Konvergenzkriterien festgelegt?

Wenn sich 15, 27 oder irgendwann noch mehr nationale Volkswirtschaften zu einer Volkswirtschaft zusammenschließen, führt dieser Prozess zwangsläufig zu Anpassungsproblemen. Solche Anpassungsprobleme entfallen (werden gemildert), wenn die beteiligten Volkswirtschaften in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ähnlich sind. Bei unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften treten im Wesentlichen drei Anpassungsprobleme auf.



Inflationsgefahr



Wanderbewegungen

Abwanderung aus „armen Regionen“ in „reichere Regionen“. Wanderbewegungen treten dann auf, wenn im erheblichen Umfang Abwanderungen vorkommen (zum Beispiel 1886 bis 1888 In Ir-

Der Autor hat volkswirtschaftliche Probleme und Fragestellungen während eines ganzen Jahrzehnts akribisch recherchiert. So wird der Leser beispielsweise mit der Feststellung konfrontiert, dass Geld eigentlich nicht knapp ist und dass wir uns gar nicht dagegen wehren können, jedes Jahr reicher zu werden... Massiv wendet sich MEISTER gegen Bürokratieaufbau und Subventions-

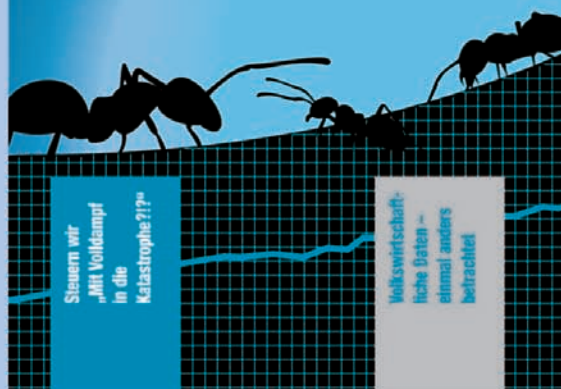
Helmut H. G. Meister:

» A M E I S E N an die MACHT«.

Steuern wir „Mit Volldampf in die Katastrophe?!?“. Oder: Volkswirtschaftliche Daten – einmal anders betrachtet. Softcover mit 5 Tab., 2 Abb. und 53 Grafiken im Zweifarbdruck. 240 S. Preis: 24,00 €. ISBN 978-3-937494-42-5. In zwei weiteren Produktlinien auch als Erweiterte Große Studienausgabe (ErwGrStA) mit 20 Tab., 6 Abb., 113 Grafiken und 4 Faksimile im Schwarzweißdruck. Softcover. 416 S. Preis: 48,00 €. ISBN 978-3-937494-50-0. Des weiteren als CD-ROM mit allen Texten und zusätzlichem Lehr- / Präsentationsmaterial. ISBN 978-3-937494-60-9. Preis: 36,00 €.

Helmut H. G. Meister

Ameisen an die Macht



mentalität. Schließlich bricht er eine Lanze für alle Ameisen dieser Welt, deren Völker sich besser entwickelt haben als etwa unser allgemeines Staatswesen. MEISTER fordert seine Leser auf, alte Denkweisen über Bord zu werfen, neue Betrachtungsebenen zuzulassen und propagiert schließlich die Notwendigkeit (s)einer „Neuen Volkswirtschaftslehre“. ■ Bestellen Sie auch auf direktem Weg unter www.viademica.de oder rufen Sie unter Telefon 030 . 23 45 70 68 ganz einfach an.

Unter www.ameisen-an-die-macht.de führt der Autor eine zum Buch und dessen Themen gestaltete Internetseite. Das Mitdiskutieren im Blog wird gefragt sein und ist erwünscht. MEISTER beobachtet die neuesten wirtschaftspolitischen Entwicklungen, und er beantwortet die Fragen seiner LeserInnen.